

Achim Steiner leitet das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und hat soeben mit seinen Thesen zur Bewältigung der Corona-Krise in Fachkreisen für Aufsehen gesorgt.



Achim Steiner plädiert für Investitionen in grüne Technologien. (Quelle: imago images)

Herr Steiner, um die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder anzukurbeln, planen viele Staaten milliardenschwere Konjunkturprogramme. Auch die Bundesregierung wird wohl ein großes Programm auflegen. Sie fordern, dieses Geld so zu investieren, dass die "unvernünftige" Abhängigkeit vom Erdöl zugunsten einer "grünen Zukunft" aufgegeben wird. Wie genau soll das funktionieren?

Achim Steiner: Wir müssen uns fragen: Investieren wir die Beträge in die Kohlenstoff-Industrie von gestern oder geben wir der Energiebranche, dem Transport oder der Landwirtschaft Impulse, die sie mit einem Sprung in die Wirtschaft von morgen befördern.

Bitte konkreter: Welche Branchen und Technologien sollten Ihrer Ansicht nach jetzt gefördert werden?

Es gibt drei Bereiche, in denen sich aufgrund der Corona-Krise viel ändern wird. Erstens der Transport: Viele Arbeitnehmer machen gerade die Erfahrung, dass der Arbeitsplatz nicht nur an einem Ort sein muss, sondern an vielen Stellen sein kann, zum Beispiel auch zu Hause. Könnte dies den Verkehr in den Städten und im Umland spürbar entlasten? Daran müssen wir anknüpfen und gleichzeitig die E-Mobilität fördern, also alternative Antriebe und Ladenetze. Zweitens die Digitalisierung: Wir erleben jetzt, dass man effizienter arbeiten kann, also sollten die Staaten stärker in die Digitalisierung des öffentlichen Raums, von Schulen und Behörden investieren. Drittens der Übergang zu erneuerbaren Energien: Wir sehen auf dem Rohstoffmarkt, dass die bisherigen Mechanismen unsere Volkswirtschaften immer mehr Risiken und Ungewissheiten aussetzen – etwa beim Preis für US-Rohöl, der zeitweise unter null gefallen ist. Unsere Volkswirtschaften hängen immer noch von fossilen Brennstoffen ab: Öl, Gas, Kohle, deren Preise extrem schwanken. Das ist für jedes Land und für jedes Unternehmen ein großer Risikofaktor. Hinzu kommt die Abhängigkeit von den Lieferländern, die von einem Tag auf den anderen den Hahn zudrehen oder in Konflikte geraten können. Denken Sie an Saudi-Arabien, Venezuela, Irak oder den Iran. Dieses System ist viel zu unsicher. Ein europäischer Verbund, der auf nachhaltige Energien setzt, wäre erfolgreicher und zeichnet sich angesichts der Klimaproblematik sowieso als zukunftssträchtiger aus.

Der Ölpreis kann ja aber auch wieder steigen. Das wäre ein Argument für jene, die weitermachen wollen wie bisher.

Das ist richtig. Deshalb sage ich: Es geht nicht einfach nur um eine grüne Wende, sondern darum, dass wir Märkte, Technologie-Entwicklung und den Konsum der Bürger dahingehend ausrichten, dass Investitionen in zukunftssträchtige Branchen fließen. Nur so kommen wir dahin, wo wir nach wissenschaftlicher Erkenntnis längst sein müssten und wo viele Menschen auch bereits hinwollen.

Wohin kommen wir denn da?

Erinnern wir uns doch mal daran, welche Bilder das Fernsehen und die sozialen Medien in den vergangenen zwei Jahren geprägt haben: Das war der Ruf der Straße. Zum einen die Forderung, den Klimaschutz endlich ernst zu nehmen und nachhaltig zu wirtschaften. Immer mehr Menschen haben verstanden, dass das bisherige Wirtschaftsmodell – ständiges Mehr,

Verbrennung fossiler Energie, Ausbeutung der Umwelt – an seine Grenzen stößt. Wir müssen den ökologischen Fußabdruck unserer Volkswirtschaften reduzieren und dies im Einklang mit der Natur gestalten.

Sie meinen Fridays for Future. Es gab in Lateinamerika, Arabien und Frankreich aber auch Massenproteste, die nicht dem Umweltschutz galten.

Ja, was zum zweiten viele Menschen auf die Straßen getrieben hat, war die wachsende Unzufriedenheit mit der Globalisierung, weil sie Ungleichheiten verstärkt. Ganze Länder ringen mit wachsender Armut und sehen sich von globalen Prozessen abgehängt. Die ärmsten Staaten der Welt haben bis heute für große Teile ihrer Bevölkerung praktisch keine öffentliche Gesundheitsversorgung. Nur ein Fünftel der Beschäftigten in aller Welt kann sich auf Arbeitslosenhilfe verlassen. Acht von zehn Menschen in den reichen Ländern haben Zugang zum Internet – acht von zehn Menschen in den ärmsten Ländern der Welt haben dagegen bislang keinen Internetzugang. So wird die Ungerechtigkeit zementiert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet. Wer heute als Politiker Verkehrs-, Umwelt-, Gesundheits- oder Digitalpolitik macht, muss deshalb in eine ganz neue Richtung denken.

Bedeutet das auch, dass sich die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie nicht einfach so wiederbeleben lässt, wie es nach der Finanzkrise 2007/2008 geklappt hat?

Ja, denn die damaligen Hilfsmaßnahmen bezogen sich vor allem auf eine Krise unseres Finanzsystems. Trotzdem haben die Finanzmärkte nur 18 Monate später wieder das Vorkrisen-Niveau erreicht – und Spekulanten haben riesige Gewinne gemacht, während der Wohlstand für viele andere Menschen sank. Das zeigt: Die Finanzwirtschaft ist von der realen Wirtschaft entkoppelt. Aber wir haben zu spät erkannt, dass da etwas Grundsätzliches aus dem Lot geraten ist. Die Menschen spüren das. Ob in Hongkong, Santiago de Chile, Beirut oder Paris: Überall sind in den vergangenen Monaten Menschen gegen die Folgen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik auf die Straßen gegangen. Die Corona-Krise wirft nun ein sehr klares Licht auf die Widersprüche: Sie zeigt, wie prekär die Lage in vielen Ländern ist, in denen die Menschen überhaupt keinen Zugang zu sozialen Sicherheitsnetzen haben. Aber auch hier in New York, wo ich lebe, sind Hunderttausende Menschen, die im Sektors arbeiten, nun

arbeitslos und aufgeschmissen. Sie haben am Ende des Monats keinen Cent auf dem Konto und können ihre Familien auf Dauer nicht mehr versorgen. Das kann zu massiven sozialen Spannungen führen und stellt unsere Wirtschaftspolitik vor große Herausforderungen.



An der Börse in Chicago im September 2008: "Die Finanzwirtschaft ist von der realen Wirtschaft entkoppelt", sagt Achim Steiner. (Quelle: imago images)



Demonstranten in Santiago de Chile attackieren Mitte März ein Polizeifahrzeug. (Quelle: imago images)



Regierungskritische Proteste in Beirut im Januar. (Quelle: imago images)

Wenn die Folgen so gravierend sind, wieso retten wir dann nicht erst einmal die bestehenden Geschäftsmodelle von Tausenden Firmen und kümmern uns danach in Ruhe um den Klimaschutz?

Wir müssen beides tun, aber das Geld in dieser Größenordnung steht uns nur einmal zur Verfügung. Also müssen wir mit Vernunft investieren. Man kann es entweder dafür ausgeben, dass man kurzfristig in eine rückwärtsgewandte wirtschaftliche Erholung investiert. Oder wir nutzen das Geld für strategische Impulse nach vorne, indem wir die Märkte, Arbeitsplätze und Technologien von morgen fördern. Keiner hat das perfekte Rezept, aber wenn wir es jetzt nicht versuchen, dann ist die Chance vielleicht auf lange Zeit vertan.

Können Sie nachvollziehen, dass Menschen sich vor so einem Umbau der Wirtschaft fürchten?

Das kann ich verstehen, aber wir haben doch in der Vergangenheit schon oft gesehen, dass man Zukunftschancen nicht nur als Risiko betrachten kann. Fakt ist doch, dass es Deutschland in den vergangenen 15 Jahren geschafft hat, seine Stromversorgung schon zu einem Drittel auf erneuerbare Energien umzustellen. Es ist heute ein hoch erfolgreiches und wettbewerbsfähiges Land und hatte bis zu Beginn der Corona-Krise historisch niedrige Arbeitslosenzahlen. Das ist eine sehr gute Grundlage,

die man nun ausbauen und nutzen sollte, um neue Märkte für die alternativen Technologien zu erschließen. Ich habe nicht nur volles Verständnis für Menschen, die sich Sorgen machen, ich teile sie. Aber ich appelliere auch an sie: Lassen Sie sich nicht von denjenigen verunsichern, die behaupten, Innovation sei nicht möglich. Schauen Sie auf die Fakten!
